

B90/Die Grünen KV Lübeck, Jahreshauptversammlung am 7.6.2010: Einstimmiger Beschluss der Resolution zum Erhalt der

Uni Lübeck/UKSH

Wir, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Lübeck teilen die Kritik des Präsidiums und des AStA der Universität zu Lübeck an dem Vorhaben der Landesregierung die medizinische Fakultät in Lübeck einzusparen. Der Sparkurs, welchen die Landesregierung derzeit verfolgt, ist nicht nur einfach der falsche Weg um unser Land aus der Krise zu befördern, sondern wird auf lange Sicht die Probleme unseres Systems weiter fördern. Solch drastische Einsparungen auch im Kita- und Bildungsbereich steuern uns immer weiter auf der Bildungseinbahnstraße, auf der wir uns befinden, in Richtung Sackgasse.

Wir sehen die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen, aber nicht die Folgerung, seine eigene Zukunft aufs Spiel zu setzen. Das liegt weder im Interesse der Hansestadt Lübeck noch des Landes S.H., ein strategischer Weiterausbau wäre sinnvoll.

Der Versuch die Universitäten unseres Landes auszuhungern und am Ende zu schließen, ist ein Beispiel für die Kurzsichtigkeit des finanziellen Rettungsplans, den die Landesregierung da zusammengeschürt hat!

Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang vehement gegen die Schließung der Universität zu Lübeck aus. Es ist sowohl bildungs-, wie auch wirtschaftspolitisch der Genickbruch der zweitgrößten Stadt im Land und würde Lübeck und die Region auf Jahrzehnte zu einem Hinterwäldlerdasein verdammen. Die Schließung der Medizinischen Fakultät in Lübeck ist eine Bestrafung der Anstrengungen aller die mit persönlichem Einsatz die Universität Lübeck zu einer Spitzenuniversität in Deutschland gemacht haben sowie eine Verschwendung von millionenschweren Investitionen, die in die Hochschulinfrastruktur in Lübeck geflossen sind. Die Landesregierung nimmt die Schließung der gesamten Universität Lübeck in Kauf und reißt so ein Loch in die Wissenschaftslandschaft und die gesamte Region Lübeck. Auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft werden ignoriert. Dieses geschah im Alleingang der Landesregierung und ohne jeglichen Austausch mit den betroffenen AkteurInnen und LeistungsträgerInnen.

Die Grünen Lübeck werden dies nicht hinnehmen und zusammen mit Studierenden, Lehrkräften, den MitarbeiterInnen von Uni und UKSH und der Lübecker Bevölkerung gegen dieses unsägliche Vorhaben kämpfen!

Wir sprechen uns für den Erhalt der Universität zu Lübeck und den Verbleib des UKSH in öffentlicher Hand aus!

Die Kommunikation seitens der Landesregierung, die ihre Vorhaben nicht mit den betroffenen Einrichtungen besprochen hat, ist ein Schlag ins Gesicht. Daher legen wir den Fraktionen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in der Lübecker Bürgerschaft als auch im Landtag S.H. nahe, **den Rücktritt des zuständigen Wissenschaftsminister de Jager zu verlangen!** Wir unterstützen ausdrücklich das Präsidium und den AStA der Universität zu Lübeck bei der geplanten Demonstration am 16. Juni 2010 in Kiel. Weiter rufen wir alle BürgerInnen dazu auf, an der außerordentlichen Bürgerschaftssitzung am 11. Juni vor dem Kieler Landeshaus teilzunehmen.